

Kreistagsfraktion „Freie Wähler Ostalbkreis“
Rede zum Haushaltsplanentwurf 2024
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Jahr 2024 wird für den Ostalbkreis kein einfaches werden. Das gilt auch für die nächsten Jahre und für alle übrigen Landkreise, die bisher ganz gut über die Runden gekommen sind, aber in Zukunft auf Krisenmodus umstellen müssen.

Dabei sieht auf den ersten Blick alles ganz gut aus: Die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Ostalbkreis steigt ein weiteres Mal kräftig an, und die Kreisumlage würde selbst ohne eine Erhöhung des Hebesatzes um fast 11 Millionen Euro gegenüber 2023 und fast 29 Millionen Euro gegenüber 2022 steigen!

Alles gut – wären da nicht die rund 17 Millionen Euro Verlust aus dem Rechnungsjahr 2023, die wir quasi als „Rucksack“ mit ins kommende Jahr nehmen, dazu ein schon im Voraus eingeplantes negatives Ergebnis für 2024 in Höhe von fast 11 Millionen Euro, eine Quasi-Verdoppelung des Schuldenstands von derzeit rund 31 Millionen Euro auf rund 59 Millionen Euro im Jahr 2024, die immensen Verluste bei den Kliniken mit rund 46 Millionen Euro, die enorm steigenden Personalausgaben mit einer Erhöhung um über 8 Millionen Euro und die beinahe explodierenden Sozialausgaben mit einer Erhöhung um insgesamt rund 22 Millionen Euro! Selbst hartgesottene Haushälter bekommen angesichts dieser Zahlen weiche Knie.

Hinzu kommt, und das wird leicht übersehen, dass die Steigerung der Steuerkraftsumme auf den guten Zahlen aus 2022 beruht. Das wird sich in den nächsten Jahren ebenfalls ändern, denn die allgemeine Entwicklung unserer Wirtschaft gibt Anlass zu großer Sorge. Zum einen spiegeln sich in der aktuellen Entwicklung globale Krisen wider, auf die wir kaum Einfluss haben. Hinzu kommen nach Ansicht der Wirtschaftsweisen in ihrem aktuellen Bericht weitere Belastungsfaktoren, wie z.B. der allgemeine Fachkräftemangel.

Der Vollständigkeit halber muss man aber auch die hausgemachten, selbstverursachten Faktoren nennen, die nicht nur die Wirtschaft, sondern unsere gesamte Gesellschaft an den Rand der Funktionsfähigkeit bringen, insbesondere:

- eine ideologisierte und nahezu ausschließlich am Klimaschutz ausgerichtete Wirtschaftspolitik,
- eine Umverteilungspolitik, die die arbeitenden Menschen immer mehr belastet und das Arbeiten zunehmend unattraktiv macht,
- eine nach wie vor ungebremsste, vor allem illegale Migration und
- eine überbordende Bürokratie.

- **GRÜNE Wirtschaftspolitik und die Energiewende**

Dass Deutschland das einzige Land in Europa und der G7-Industriestaaten ist, das keinen Aufschwung verzeichnet, sondern stattdessen sogar in eine Rezession fällt, hat Gründe. Wer z.B. glaubt, dass man eine Volkswirtschaft durch Zwang, Verbote, Planwirtschaft und immer mehr Vorschriften am Laufen halten und zu immer ehrgeizigeren Klimazielen peitschen kann, der muss sich nicht wundern, wenn Unternehmen irgendwo anders in der Welt investieren oder gleich ihren Standort ins Ausland verlegen, und wenn energieintensive Unternehmen vollends verdrängt werden, was übrigens bewusst in Kauf genommen wird und woran auch die jüngst beschlossene zeitlich befristete Senkung der Stromsteuer nichts ändern wird, zumal sie noch gar nicht finanziert ist.

Der Rest wird gerade ins Ausland verscherbelt, wie z.B. der hessische Heizungsbauer Viessmann, der seine komplette Klimasparte einschließlich der lukrativen Wärmepumpen an den US-Konkurrenten Carrier Global verkauft hat, was die GRÜNEN-Parteivorsitzende Ricarda Lang als, so wörtlich, "großen Glücksfall für Deutschland" bezeichnet hat. Das muss man nicht mehr kommentieren.

Ähnlich ist es bei der Energiewende, die gerade ausgerechnet von denjenigen an die Wand gefahren wird, die sie am vehementesten umsetzen wollen. Wer aber glaubt, dass man eine Energiewende mit Hilfe dirigistischer Maßnahmen oder mit dem Abschalten von Atom- und Kohlekraftwerken erzwingen kann, der verkennt, dass man für den Ausbau einer regenerativen Energieerzeugung erst einmal die Voraussetzungen schaffen muss. Ein kluger Reiter mit Bildungsabschluss weiß, dass man ein Pferd nicht von hinten aufzäumen sollte. Es nützt also nichts, den Bau von Photovoltaikanlagen und Windkraftanlagen zu fordern und voranzutreiben, wenn hierfür beispielsweise die Stromnetze gar nicht ausgelegt sind!

Und bevor man den Leuten den Gashahn abdreht oder ihnen den Stecker zieht, sollte man ihnen erst einmal Alternativen bieten. So hat es z.B. das Musterland Dänemark gemacht.

Vor allem aber sollte man den Menschen in unserem Land ehrlich sagen, dass die Energiewende, so wie sie in Deutschland umgesetzt wird, ungeheuer teuer ist und zu einer großen finanziellen Belastung für den Staat, die Kommunen, die Energieversorgungsunternehmen, die Wirtschaft, vor allem aber für die Bürgerinnen und Bürger werden wird.

Das liegt eben daran, dass die Bundesregierung weniger auf marktwirtschaftliche Mittel, sondern vielmehr auf planwirtschaftlichen Dirigismus setzt. Und weil unser marktwirtschaftliches System allmählich aus den Fugen gerät, muss ein aufwändiges und teures Ausgleichssystem mittels Subventionen geschaffen werden, die im Wesentlichen über Schulden finanziert werden sollen. In Deutschland gerät die Energiewende daher zu einem wahrscheinlich unbezahlbaren Experiment. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor wenigen Wochen hat das schonungslos offengelegt.

Der Analyst und Informationsdienstleister BloombergNEF beziffert die Kosten der Energiewende für Deutschland auf 1 Billion Euro bis 2030! Für Stuttgart z.B. mit rund 630.000 Einwohnern lässt sich von einer Studie ableiten, dass die gesamte Stadtgesellschaft – also auch die Bürgerinnen und Bürger – dafür rund elf Milliarden Euro aufbringen muss. Die Stadt Essen mit rund 580.000 Einwohnern schätzt den Gesamtaufwand auf 13 Milliarden Euro. Krefeld mit rund 230.000 Einwohnern bezieht sich auf ein Klimagutachten und geht von 16,2 Milliarden Euro aus.

Die Stadt Villingen-Schwenningen mit rund 88.000 Einwohnern, die mit Aalen und Schwäbisch Gmünd vergleichbar ist, hat den Investitionsbedarf für die Gesamtstadt, also auch für die Bürgerinnen und Bürger, mit rund 1,2 Milliarden Euro beziffert. Das gibt einen Vorgeschmack darauf, was auf den Ostalbkreis, seine Städte und Gemeinden, vor allem aber auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis zukommen wird.

- **Ungehinderte Migration**

Auf uns zukommen werden auch immer mehr Flüchtlinge. Viele sind Kriegsflüchtlinge, z.B. aus der Ukraine, bei denen wir die moralische und ethische Pflicht haben, Ihnen Schutz zu gewähren. Die meisten Flüchtlinge kommen aber aus völlig fremden Kulturkreisen. Und um auch hier ehrlich zu bleiben: Die wenigsten davon sind tatsächlich Kriegsflüchtlinge, die meisten davon sind Wirtschaftsflüchtlinge, die illegal in unser Land kommen. Dass es sich dabei allesamt um Schutzbedürftige oder Fachkräfte handelt, ist ebenso ein gern verbreiteter Irrtum wie die Annahme, wir würden mit dieser Migrationspolitik irgendwelche menschlichen Probleme lösen. Ehrlicherweise lösen wir damit nirgendwo irgendwelche Probleme; stattdessen importieren wir die Probleme dieser Welt, so dass sie plötzlich zu unseren werden.

Die Bundesregierung ist ganz offensichtlich weder echten willens noch in der Lage, vor allem die illegale Migration zu stoppen. Deshalb müssen wir uns auch im Ostalbkreis darauf einstellen, dass die Migrationszahlen weiter steigen und uns vor noch größere Belastungen stellen werden. Erschwerend kommt hinzu, dass wir im Ostalbkreis dank der Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen bisher von einem LEA-Privileg profitiert haben, das mit geringeren Zuweisungsquoten des Landes verbunden war. Dieses Privileg wird aber mit der Schließung der LEA spätestens 2026 fallen.

Die kommunalen Spitzenverbände weisen schon seit langem darauf hin, dass die Landkreise, Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, diese Flut vor allem an illegalen Einwanderern zu bewältigen. Geld spielt dabei nur eine sekundäre Rolle. Es fehlt an Personal, das sich um diese Menschen kümmert, es fehlt an Unterbringungsmöglichkeiten, und es ist schlichtweg nicht möglich, so viele Menschen aus völlig fremden Kulturkreisen ohne deutsche Sprachkenntnisse, Schul- oder Bildungsabschlüsse zu integrieren. Hinzu kommt, und das muss man ansprechen dürfen, dass bei vielen auch gar kein echter Integrationswille vorhanden ist.

Die Folgen für die innere Sicherheit, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für den Frieden und letztlich für die Demokratie in unserem Land sind mittlerweile unübersehbar. Und während früher Antisemitismus in Deutschland allenfalls eine Randerscheinung extrem rechter politischer Gruppierungen war, so wird er heute von zahlreichen gesellschaftlichen Gruppierungen offen zur Schau getragen.

Und wer angesichts der beschämenden Bilder der vergangenen Wochen noch immer leugnet, dass dies vor allem eine Folge der Migrationspolitik in unserem Land ist, der sollte die wissenschaftlichen Beiträge der Islam-Expertin und -forscherin Susanne Schröter lesen, die das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam leitet und Vorstandsmitglied des Deutschen Orient-Instituts ist. Sie verortet den Antisemitismus in Deutschland nicht nur bei rechten, sondern vor allem auch bei linken, bei muslimischen und migrantischen Gruppierungen und wirft der Bundesregierung ein, so wörtlich, „Komplettversagen“ der deutschen Migrations- und Integrationspolitik vor. Ein „weiter so“ ist daher auch hier brandgefährlich, und wer die Ergebnisse der vergangenen Landtagswahlen ignoriert, der hat auch sonst nicht verstanden.

- **Kreiskliniken**

Bundespolitische Vorgaben und Rahmenbedingungen beeinflussen auch die Situation der Kliniken, nicht nur, aber insbesondere auch im Ostalbkreis. Bundesweit gibt es nur wenige Kliniken, die keine Verluste machen. Deswegen fordern sowohl öffentliche als auch private Krankenhausträger, mehr Geld „ins System“ zu bringen.

Wer allerdings geglaubt hat, die neue Gesundheitsreform der Bundesregierung werde nun endlich eine Erlösung bringen, der wird ernüchert feststellen, dass andere, insbesondere der Bund, unsere Probleme nicht lösen werden.

Zwar wird das derzeitige Fallpauschalensystem zugunsten von Vorhaltepauschalen verändert, aber die Verteilungsmasse bleibt insgesamt gleich, d.h. es wird nicht mehr Geld geben. Stattdessen setzt der Bund auf mehr Qualität durch Bündelung, Konzentration und Zentralisierung medizinischer Leistungen und Versorgungsstrukturen, und er forciert darüber hinaus die Ambulantisierung, d.h. in Zukunft werden immer mehr Behandlungen nicht mehr stationär, sondern ambulant erbracht werden müssen.

All das ist keine Überraschung. Ich habe mal in unseren Haushaltsreden nachgelesen: Seit 2005 fordern die „Freie Wähler Ostalbkreis“, medizinische Angebote und Leistungen im Ostalbkreis zu bündeln und zu konzentrieren. Wir haben mehrfach auf die zunehmende Ambulantisierung in der medizinischen Versorgung hingewiesen und auf Veränderungen bei unseren Kliniken gedrängt. Und wir haben immer wieder thematisiert, insbesondere bei der Implementierung der Anstaltsstruktur im Ostalbkreis, dass unsere Kliniken betriebswirtschaftlich geführt werden müssen, und Wunschdenken und politische Forderungen zurücktreten müssen.

Und was tun wir? Wir ignorieren das alles und lassen die Versorgungsstrukturen im Ostalbkreis selbst dann unverändert, als uns das Wasser schon bis zum Hals steht. So wurde z.B. auf die zunehmende Ambulantisierung fast gar nicht reagiert. Sie läuft momentan schlichtweg an uns vorbei!

Nahezu alle Fachabteilungen werden doppelt oder dreifach vorgehalten, so dass wir uns über Defizite, die heute mittlerweile bei rund 46 Millionen Euro pro Jahr liegen, nicht wundern müssen. Dass das auch eine Fehlallokation des ohnehin raren Fachpersonals mit sich bringt, hat jüngst ein Gutachten nachgewiesen.

Ja, wir können die Rahmenbedingungen, die im Wesentlichen der Bund setzt, nicht ändern; und ja, das Klinikmanagement hat hier viele Versäumnisse zu verantworten. Aber wir im Kreistag müssen uns auch an die eigene Nase fassen: Wir haben immer wieder politische Forderungen vor betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten gestellt. Kaum ein Medizinkonzept, das nicht schon in der Luft zerrissen wurde, bevor es überhaupt auf dem Tisch lag. Kaum eine substanzielle Veränderung, die nicht politisch verhindert wurde, und kaum eine Lösung, die nicht schon am nächsten Kirchturm zerschellt ist.

Erst jetzt, da wir an der Wand stehen, sehen wir die Notwendigkeit für Veränderungen. Dabei sind Sie, Herr Landrat, mit Mut und dem Willen, schwierige Entscheidungen zu treffen, vorgegangen. Dafür danken wir Ihnen an dieser Stelle nochmals ausdrücklich.

Dass es aber nicht mehr fünf vor zwölf, sondern schon fünf nach zwölf ist, scheint noch immer einigen nicht bewusst zu sein. Noch immer werden politische Forderungen formuliert und betriebswirtschaftliche Zwänge ignoriert. Zwar haben wir dem Modell eines Regionalversorgers im Grundsatz zugestimmt, aber trotzdem wollen noch immer einige fast alles an allen Standorten rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche haben. Und wenn ich die Zeitungen der vergangenen Wochen lese, dann bin ich mir nicht sicher, ob schon alle den Schuss im Ostalbkreis gehört haben.

Deshalb will ich es nochmal klipp und klar sagen: Der Ostalbkreis hält 46 Millionen Euro oder mehr pro Jahr an Verlusten nicht lange durch! Und in dieser Situation muss uns bewusst werden, dass Kliniken auch insolvent gehen oder privatisiert werden können; bis jetzt undenkbar für uns!

Aber mit jeder Forderung, mit der wir die Diskussion belasten, mit jedem Kirchturm, der hochgezogen wird, mit jeder Drohung und mit jeder Verhinderungsstrategie machen wir das Udenkbare wahrscheinlicher und realistischer. Meine Fraktion und ich sind daher bereit, Sie Herr Landrat weiterhin bei schwierigen Entscheidungen zu unterstützen, und wir sind bereit, notwendige Veränderungen mitzutragen, weil wir im Ostalbkreis gerade nicht das Udenkbare denken wollen, und weil wir nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sein wollen.

Dabei läuft uns die Zeit davon! Andere Landkreise um uns herum waren und sind viel schneller als wir. Deshalb stellen wir folg.

Antrag:

Wir bitten Sie, Herr Landrat, die Verwaltung sowie den Vorstand der Kliniken Ostalb, die im ENDERA-Gutachten vom 13. Oktober aufgeführten Maßnahmen zu konkretisieren und einen konkreten Sanierungsfahrplan mit Zeitschiene für deren Umsetzung zu erarbeiten und dem Verwaltungsrat bzw. dem Kreistag vorzulegen.

• **Mobilität, ÖPNV**

Nicht nur bei den Kliniken sind wir Getriebene, sondern auch bei einer anderen Aufgabe: dem Öffentlichen Personennahverkehr. Bund und Land wollen mehr Menschen in Busse und Bahnen bringen – ein Ziel, das wir im Grundsatz gerne unterstützen.

Die Landesregierung hat hierzu eine Mobilitätsgarantie abgegeben, wonach alle geschlossenen Ortschaften in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein sollen. In Ballungsräumen soll ein 15-Minuten-Takt und im ländlichen Raum ein 30-Minuten-Takt gelten.

Darüber hinaus ist am 1. Mai das Deutschlandticket an den Start gegangen. Für 49 Euro im Monat können damit Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland nutzen. Zur Finanzierung stellen Bund und Land jeweils 1,5 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Hinzu kommen weitere Regionalisierungsmittel, insgesamt also rund 4 Milliarden Euro.

Schauen wir uns nun den Nutzen an. Wie viele zusätzliche Nutzer werden dadurch in Busse und Bahnen gebracht, und welchen Nutzen bringt das für unser Klima?

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hat ermittelt, dass das Deutschlandticket vor allem von Menschen nachgefragt wird, die vorher teurere Abos gehabt haben oder Gelegenheitskunden gewesen sind. Dass der ÖPNV also durch das Deutschlandticket mehr genutzt wird, ist nach Meinung des Wissenschaftszentrums, so wörtlich, „kaum messbar“. Mit anderen Worten: Es handelt sich größtenteils um Mitnahmeeffekte.

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt die Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Danach wird durch das Deutschlandticket nur etwa 0,5 Prozent des Autoverkehrs tatsächlich verlagert. Dafür gebe man vier Milliarden Euro für das Deutschlandticket aus – viel Geld für einen geringen Effekt.

Das gilt übrigens auch für die Treibhausgase. Nach Berechnungen der Hochschule kostet jede mit dem Deutschlandticket eingesparte Tonne CO₂ zwischen 6.000 und 8.000 Euro, was, so wörtlich, „absurd viel Geld“ sei.

Gut gemeint ist also nicht unbedingt gut gemacht. Dabei geht es mir nicht darum, das Deutschlandticket zu kritisieren oder gar infrage zu stellen. Wenn das so gewollt ist, kann man das machen. Allerdings sollten wir daraus im Ostalbkreis ein paar Lehren ziehen:

- Erstens kann man selbst bei immensen Subventionen nur einen ganz geringen Teil der Autofahrer zur Nutzung des ÖPNV bewegen. Das Auto ist und bleibt vor allem in ländlich strukturierten Räumen, wie z.B. dem Ostalbkreis, das Verkehrsmittel der ersten Wahl, und die Leute sind halt in Gottes Namen darauf angewiesen. Das muss man einfach ohne ideologische Scheuklappen akzeptieren!
- Zweitens müsste, um spürbare positive Wirkungen für die Umwelt und das Klima zu erzielen, ein nennenswerter Teil der Autofahrer zur Nutzung des ÖPNV bewegt werden. Ob dies im Ostalbkreis dadurch gelingen kann, dass man einfach für viel Geld Busse im Viertel- oder Halbstundentakt von früh bis spät fahren lässt, ist zumindest dann fraglich, wenn wir nur warme Luft, aber keine Menschen transportieren. Möglicherweise sollten wir daher die Ansprüche, die im Nahverkehrsplan formuliert wurden, etwas herunterschrauben.
- Drittens fehlen für die Umsetzung der Mobilitätsgarantie sowohl dem Land als auch dem Ostalbkreis nicht nur das Geld, sondern vor allem auch das Fahrzeugmaterial und das Personal.

Wir müssen daher bei allen Wünschen und guten Vorsätzen den schmalen Grat zwischen „Klimaaktivismus“ und Pragmatismus, also zwischen dem Wünschenswerten und dem Bezahlbaren finden. Natürlich dürfen wir dabei den ländlichen Raum nicht abhängen; im Gegenteil: Wir müssen ihn an die Städte und Wirtschaftszentren anbinden. Dazu gehören auch die Pendlerverkehre, denn dort gibt es ein echtes Potenzial für den ÖPNV.

Interessant ist auch, wie andere vergleichbare Landkreise ihre Nahverkehrspläne ausgestalten. Der Landkreis Ravensburg ist z.B. ebenfalls ein Flächenlandkreis wie der Ostalbkreis, allerdings mit deutlich niedrigeren Kosten für den ÖPNV und die Schülerbeförderung. Der Grund liegt u.a. darin, dass der Landkreis Ravensburg ein Grundangebot für alle zur Verfügung stellt. Wer mehr möchte, muss diese zusätzlichen Angebote auch selbst bezahlen. Diese Regelung gab's auch mal im Ostalbkreis, und vielleicht sollten wir uns Gedanken darüber machen, ob der Ostalbkreis tatsächlich jeden Wunsch erfüllen muss. Das gilt z.B. dann, wenn rein touristische oder nur gelegentliche Destinationen vom ÖPNV angeeignet werden sollen.

Schwierig wird es allerdings beim Thema „Schülerbeförderung“. Die SPD-Fraktion hatte hier erneut die Frage aufgeworfen, ob man dadurch Kosten einsparen könne, dass nur noch der Weg zur nächstgelegenen Schule vom Landkreis organisiert und finanziert werde.

Bei differenzierter Betrachtung stellt sich aber aufgrund der freien Schulwahl der Eltern und der rechtlichen Verpflichtungen, die der Ostalbkreis erfüllen muss, heraus, dass bei der regulären Schülerbeförderung kaum Einsparpotenziale vorhanden sind, außer bei den sog. „Direktfahrten“.

Einen großen Kostenblock, nämlich rund 10 Millionen Euro pro Jahr, stellt der sog. „freigestellte Schülerverkehr“ dar, also der Schülertransport zu den Sonderschulen. Tatsächlich werden dort Kinder sogar in Einzeltransporten zu den Einrichtungen gebracht. Es gäbe hier also möglicherweise Einsparpotenziale; die Frage ist nur, ob wir gerade hier sparen wollen oder können.

Dazu sollten wir die Fachleute aus der Verwaltung anhören. Die „Freie Wähler Ostalbkreis“ stellen deshalb den

Antrag.

dem Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklung bzw. dem Kreistag Vorschläge zu unterbreiten, wo und an welcher Stelle möglichst zeitnah Einsparungen bei ÖPNV und Schülerbeförderung möglich und zugleich sinnvoll sind.

- **Kreisumlage und Schuldenstand**

Meine Damen und Herren, der Ostalbkreis steht vor großen, ja historischen Herausforderungen. Wir müssen jetzt zusammenstehen und die anstehenden Aufgaben lösen. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zurecht von uns.

Dabei müssen wir ehrlich zu uns selbst sein. Was wir gerade tun, ist das Prinzip „Augen zu und durch“. Das wird aber nicht lange funktionieren. Angesichts der großen finanziellen Lücken, der Kostenexplosionen und der Schulden, die der Ostalbkreis machen will, müssten wir eigentlich die Kreisumlage über den von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesatz von 33,25 Punkten hinaus deutlich erhöhen.

Selbst das würde aber bei weitem nicht ausreichen, um im nächsten, vor allem aber in den darauffolgenden Jahren über die Runden zu kommen. Und wir müssen berücksichtigen, dass wir allein für die neuen Schulden in Höhe von rund 27,5 Millionen Euro in zehn Jahren rund 39 Millionen Euro bezahlen müssen! Und da ist die schon jetzt einkalkulierte Unterdeckung im Ergebnishaushalt in Höhe von 10 Millionen Euro noch gar nicht eingerechnet! Wir bauen also eine riesige Bugwelle auf!

Andererseits stehen die Städte und Gemeinden vor denselben Problemen. Spätestens seit dem Brandbrief der kommunalen Spitzenverbände, der ein lauter und unüberhörbarer Hilfeschrei war, ist deutlich geworden, dass auch sie unter den Ausgabelasten und der überbordenden Bürokratie leiden und am Ende ihrer Belastbarkeit sind. Trotzdem darf der Ostalbkreis nicht zu einem „Ersatzteillager“ oder Hilfshaushalt der Städte und Gemeinden verkommen, aus dem man sich bedient, um eigene Löcher zu stopfen.

Die „Freie Wähler Ostalbkreis“ tragen daher nach sorgfältiger Abwägung die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes um 2,35 Punkte mit.

Wenn wir aber auch hier ehrlich sind, dann müssen wir zugeben, dass wir gar kein Einnahmenproblem haben! Im Gegenteil: Der Ostalbkreis hat sogar eines der höchsten Kreisumlageaufkommen in ganz Baden-Württemberg! Wir haben also vielmehr ein Ausgabenproblem. Deshalb müssen wir vor allem bei den Ausgaben ansetzen. Die „Freie Wähler Ostalbkreis“ stellen daher den

Antrag,

dem Kreistag konkrete Vorschläge für die Minderung nichtinvestiver Ausgaben im Haushaltsjahr 2024 ff. vorzulegen. Ziel muss dabei sein, die bereits geplante Unterdeckung im Ergebnishaushalt in Höhe von 10 Millionen Euro nennenswert zu verringern oder bestenfalls ganz zu vermeiden.

„Nicht weil die Dinge schwierig sind, wagen wir sie nicht, sondern weil wir sie nicht wagen, sind sie schwierig“, sagte einmal der römische Philosoph und Politiker Seneca. Bitte denken Sie daran bei den bevorstehenden Haushaltsplanberatungen.

Wir danken abschließend Ihnen, Herr Landrat, für Ihren unermüdlichen Einsatz, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Einrichtungen des Ostalbkreises. Dieser Dank gilt auch für Dinge, die nicht dezidiert in unserer Haushaltsrede angesprochen wurden, wie z.B. das Vorantreiben der Digitalisierungsstrategie und des Radwegeausbaus, der sich mit 29 Kilometern zusätzlicher Radwege wirklich sehen lassen kann.

Wir möchten auch Ihren persönlichen Einsatz im Rahmen des 50-jährigen Ostalbkreis-Jubiläums nicht unerwähnt lassen, Herr Landrat, bei dem Sie sogar in der Urlaubszeit in unserem Landkreis unterwegs waren und dieses Jubiläum in allen Städten und Gemeinden mit uns gefeiert haben.

Danke auch an diejenigen im Kreistag, die bereit sind, über berechtigte Kritik nachzudenken und sie nicht einfach beiseiteschieben, denn das Lösen von Problemen beginnt damit, dass man bereit ist, sie anzusprechen.

Peter Traub
Vorsitzender der Kreistagsfraktion „**Freie Wähler Ostalbkreis**“